

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/235

Bonn, den 11. Dezember 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>ERICH GOLLENHAUER</u> Vor fünf Jahren ging er von uns	31
1 a	<u>Entwicklungshilfe - Neokolonialismus?</u> Eine turbulente Diskussion in der Kölner Universität mit Bundesminister Dr. Erhard Eppler	49
2 - 3	<u>Die Aktivposten sind ansehnlich</u> Eine Bonner Zwischenbilanz - 147-mal Soll und Haben Von Eckhard Wiemers	66
4 - 5	<u>Vor einer Renaissance der WEU?</u> Rahmen verstärkter politischer Kooperation in Europa Von Egon C. Heinrich	88
6	<u>Testwahl an der Seine</u> Kommunisten überflügeln Gaullisten Von Georg Scheuer, Paris	31

ERICH OLLENHAUER

Vor fünf Jahren ging er von uns

G.M. - Als vor fünf Jahren - es war am 14. Dezember 1963 - die in der Stadthalle von Bad Godesberg versammelten Delegierten eines "kleinen Parteitages" der SPD die Nachricht vom Dahinscheiden Erich Ollenhauers erhielten, sah man in den Augen vieler junger und alter Sozialdemokraten Tränen der Trauer. Man ging stumm auseinander...

Erich Ollenhauer war einer der Großen der Deutschen Sozialdemokratie. Nie wollte er ein Volkstribun sein, immer wirkte er als der Dienende. Seine Liebe zum deutschen Volk verband er mit dem Wissen um die der deutschen Sozialdemokratie von der Geschichte gestellte Aufgabe: ein breites Fundament demokratischer Gesinnung zu bilden, das stark genug ist, um auch neue Stürme, die unserem Volk in der Nachkriegszeit drohten, überstehen zu können.

Aus der alten Schule der sozialistischen Arbeiterjugend kommend, hat Erich Ollenhauer die letzten Jahre seines Lebens der Aufgabe gewidmet, der Sozialdemokratie ein neues Grundsatzprogramm zu geben, Tradition, Gegenwart und Zukunft miteinander zu verbinden, um auf diese Weise in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die moderne Arbeiterbewegung zu einem voll integrierten Bestandteil des demokratischen Staates werden zu lassen. Sein verbindliches Wesen, die nie erlahmende Arbeitskraft und die große Kenntnis der vielfältigen Strömungen innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung prädestinierten Ollenhauer zum großen Koordinator, ohne dessen Intelligenz und Einfühlungsvermögen die Diskussionen um das Godesberger Grundsatzprogramm sich wohl nicht zu jenem kräftigen Strom vereinigt hätten, der heute die moderne Sozialdemokratie belebt.

Wenn wir heute dieses Mannes gedenken, dann verbindet sich mit der Trauer um den zu früh von uns Geschiedenen der Stolz auf jene große Gemeinschaft, aus der er hervorgegangen ist und der er zum Vorbild wurde.

Erich Ollenhauer hat sich um das Vaterland, um das demokratische Deutschland, verdient gemacht.

Entwicklungshilfe - Neokolonialismus ?

---

Eine turbulente Diskussion in der Kölner Universität

mit Bundesminister Dr. Erhard Eppler

sp - Es war turbulent, aber Dr. Erhard Eppler, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hat bewiesen, daß es zwar nicht einfach, aber doch möglich ist, mit der außerparlamentarischen Opposition über Entwicklungspolitik zu diskutieren, und daß dabei ein Erfolg für die vertretene Sache, und nicht für die, die am lautesten schreien, herauskommen kann.

Dazu, daß das "Teach-in" zum Thema "Entwicklungshilfe - Neokolonialismus?" am Montagabend in der Kölner Universität mit einer Schlappe für den SDS ausging, mag beigetragen haben, daß auf dem Podium auch ein Professor saß, dessen konservative Geisteshaltung einen kleinen Teil der radikalen Kräfte band, daß sich eine Vertreterin des Berliner SDS als sehr schlecht vorbereitet erwies, und daß Rolf Rohlinger als Moderator mit einem gelegentlichen "Nun halt mal die Klappe, Genosse", den richtigen Ton fand.

Aber das war nicht entscheidend. Entscheidend war, daß Eppler, von dem als erstes eine Erklärung über die Haltung der Bundesregierung zu der erneuten Verurteilung der aus der Bundesrepublik entführten Koreaner verlangt wurde, den Schwarzen Peter neokolonialer Gesinnung denen zuschob, die ausgezogen waren, einen Angehörigen des sogenannten Establishments neokolonialer Umtriebe zu zeihen. - Eppler erklärte, daß Entwicklungshilfe kein außenpolitischer Schlagstock sei, mit dessen Hilfe man gegenüber einem kleinen Entwicklungsland durchsetzen könne, was im Umgang mit souveränen Staaten mit größeren Erfolgsaussichten auf diplomatischem Weg versucht werden müsse.

Darüber sachlich zu diskutieren war die radikale Gruppe, die zunächst das Geschehen im Hörsaal A beherrschte, nicht bereit. Aber auch mit den scheinbar so erprobten Störmanövern - rhythmischen Händeklatschen, pausenlosen Zwischenrufen, wütenden Dauerreden und Ausschaltung der Beleuchtung - waren weder Eppler, noch das übrige Podium zum Rückzug aus dem Saal zu bewegen. SDS-Mitglieder diskutierten untereinander, ob man den Minister ohrfeigen solle und offensichtlich hatte eine eragierete junge Dame nicht übel Lust dazu. Aber dazu kam es nicht. Das Auditorium war inzwischen nicht mehr bereit, einen solchen Verlauf der Veranstaltung hinzunehmen. Eppler konnte jetzt zum Thema sprechen, und da blieb dann von dem Plagiat linker Literatur, das die Vertreterin des Berliner SDS verlas, und von ihrer These, die beste Entwicklungshilfe sei es, keine mehr zu geben, nicht viel übrig. Es wurde jetzt, wenn auch nicht ohne weitere massive Störversuche, sachlich diskutiert, z.B. über terms of trade und darüber, daß es nicht die Aufgabe der Bundesregierung sei, in den Entwicklungsländern die Revolution anderer Leute zu machen, sondern daß sie sich nur bemühen könne, durch ihre Entwicklungspolitik die Lebensbedingungen der Menschen in der Dritten Welt vor und nach der Revolution zu verbessern. In dieser Diskussion sind sogar von Vertretern der radikalen Linken brauchbare Argumente vorgebracht worden.

Daß Eppler diese Argumente ernstnahm, ärgerte zwar einige Wortführer der Störaktionen und bewog sie, nun ihrerseits schmollend den Saal zu verlassen, aber es verhalf der Sache der Entwicklungshilfe zu einem klaren 1 : 0. Und das war, hinterher beim Bier, auch dem SDS klar.

Die Aktivposten sind ansehnlich  
-----

Eine Bonner Zwischenbilanz - 147-mal Soll und Haben

Von Eckhard Wiemers

Eine Zwischenbilanz ist keine Schlußbilanz: Dieser so schlichte wie richtige Satz steht im Vorwort des SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt zu "147 x Soll-Haben" zu lesen. (Übrigens: "Soll und Haben" wären sprachlich flüssiger gewesen.)

Doch selbst wenn Dr. Claus Noé, der für die Redaktion dieser von der SPD-Bundestagsfraktion herausgegebenen Broschüre verantwortlich ist, eine Schlußbilanz gezogen hätte, wären ihre Aktivposten so ansehnlich, daß man sie wahrlich nicht unter den Scheffel zu stellen brauchte. Anders gewendet: Nach knapp zwei Jahren Große Bonner Koalition läßt sich so viel an politischen und wirtschaftlichen Reformen und Fortschritten vorweisen, daß sich so manche frühere Bonner Regierung sicherlich einiges darauf zugute gehalten hätte, wäre ihr in einer vierjährigen Legislaturperiode ebensoviel eingefallen, hätte sie so viele neue Ideen und Programme zum Vorteile des Staates und seiner Bürger in die Tat umsetzen können.

Und noch hat das Bonner Koalitions-Gespann fast ein Jahr der Arbeit vor sich - wenn auch ob der Energien, die der bevorstehende Wahlkampf absorbieren wird, der "Schwung der ersten Stunde" mit einiger Wahrscheinlichkeit einem etwas gemäßigteren Tempo weichen wird.

Die Versuchung für den Autor von "147 x Soll-Haben", in Selbstlob über die Erfolge seiner Partei zu verfallen, hätte sicherlich nicht allzu fern gelegen. Doch es entspricht nicht unbedingt der Mentalität von "Buchhaltern", in ihre Bilanzen Sentimentales einfließen zu lassen. Natürlich hätte Dr. Noé - und nicht nur er - Grund genug, auf die Leistungen der SPD-Minister in der Bonner Regierung stolz zu sein. Doch statt mit erhabenen Gefühlen wartet der politische Buchhalter lieber mit Fakten auf, die für sich sprechen: in der Wirtschafts- wie Finanzpolitik, in der Struktur- und Rechtspolitik, im Bereich der sozialen Ordnung und in der Außenpolitik. Nicht zu vergessen auch: der Verkehrssektor. Wobei natürlich die allerjüngsten Entwicklungen, die Verabschiedung des Kernstücks im Leber-Plan, das Beförderungs-

steuer-Gesetz noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Heikler wird es allerdings bei den Zahlen-Details zum Leber-Programm. So wird dort die Ziffer der Verkehrsverletzten für 1967 mit 45 700 angegeben. Das erscheint entschieden zu niedrig gegriffen, wenn man die Auskünfte des "Allgemeinen Statistischen Dienstes des Bundesverkehrsministeriums" vom 13. November 1968 gegenüberstellt. Danach wird zum Beispiel die Zahl der Verletzten allein für die beiden Sommermonate Juni und Juli 1968 mit 88 200 angegeben.

Ansprechend ist die graphische Aufmachung der Broschüre, die säuberlich zwischen dem "Soll", also den politischen Postulaten der Sozialdemokraten, wie sie auf Parteitag und in Leitsätzen dekrediert wurden, und dem "Haben", also den Erfolgen bei deren Umsetzung in die Tat, zu unterscheiden weiß. Wobei auch ungeschminkt und ehrlich eingestanden wird, daß nicht alle Blümenträume sozialdemokratischer Politiker reiften, daß vielmehr hier und da auch Frost auf manche Blüte fiel. Aus welcher Richtung von Zeit zu Zeit Eiswinde speziell der Wirtschaftspolitik kommen, ist ohnedies klar.

In der Außenpolitik, die im Übrigen mit ganzen fünf Seiten etwas unterproportioniert abschneidet, kommt auch die Würdigung der Wirkungen, welche die Invasion der CSSR durch die geballte Militärmacht der Warschauer-Pakt-Staaten zeigt, wohl doch etwas zu kurz weg. Diese Disproportion - jedenfalls für den Geschmack des Rezensenten - erklärt sich freilich wohl auch daraus, daß Ergebnisse der Wirtschaftspolitik "meßbarer" sind als außenpolitische Tatbestände, die oftmals im Bereich des Atmosphärischen angesiedelt sind. Vielleicht auch daraus, daß Wirtschaftspolitik den Bundesbürger wohl doch noch näher auf den Nägeln brennt als Außenpolitik.

Aber der Überfall auf unseren Nachbarstaat kann da eine Ausnahme für sich in Anspruch nehmen. Selten hat in letzter Zeit ein außenpolitisches Ereignis die Bundesbürger so sehr bewegt wie gerade die völkerrechtswidrige Aggression der Tschechoslowakei.

Alles in allem jedoch sollte jeder, der sich kurz und knapp, zugleich aber auch gründlich und möglichst objektiv über die Aktivitäten sozialdemokratischer Politik im Zeichen einer nun fast zweijährigen Großen Koalition informieren will, zu "147 x Soll-Haben" greifen.

Vor einer Renaissance der WEU ?

---

Rahmen verstärkter politischer Kooperation in Europa

Von Egon C. Heinrich

Bei mannigfachen Diskussionen und Vorschlägen zur Überwindung der Stagnation in der Europapolitik ist während der letzten Zeit eine Institution wieder ins Gespräch gekommen, die viele Jahre hindurch ein Dornröschen-Dasein geführt hatte: die Westeuropäische Union (WEU). Der belgische Außenminister Pierre Harmel will mit seinem neuesten Europaplan den Beitritt Großbritanniens zur EWG unter Einschaltung der WEU erreichen.

Auf den ersten Blick bietet sich die WEU für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Sechs und England geradezu an, ist sie doch das einzige europäische Gremium, dem ausschließlich die sechs EWG-Länder und das Inselreich angehören. Harmel will die engere Verbindung dieser Siebener-Gruppe zunächst durch obligatorische Konsultationen, eine Koordinierung und Harmonisierung der Außenpolitik sowie über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung, der Technologie und Währungspolitik erreichen. Endziel des Harmel-Plans soll es schließlich sein, "eine Staatenunion auf Zeit" vorzubereiten.

Niemand, der von der Notwendigkeit der europäischen Einigung überzeugt ist, wird diesem Plan und damit einer Wiederbelebung der WEU die Zustimmung verweigern wollen. Aber wie alle politischen Europa-Initiativen seit dem Fouchet-Plan im Jahre 1962, so droht auch der Harmel-Plan an den harten Tatsachen der politischen Wirklichkeit in Europa zu scheitern. Dabei enthält der belgische Vorschlag den für Paris doch sehr einladenden Satz: "Die Souveränität jedes Staates bleibt unangetastet." Nachdem Frankreich den Harmel-Vorschlag auf der Tagung der WEU-Minister im Oktober in Rom fürs erste vom Tisch gefegt hatte, soll Anfang Februar in Luxemburg noch einmal darüber verhandelt werden.

Auch Bundesaußenminister Willy Brandt hat vor kurzem die WEU als Rahmen einer verstärkten politischen Zusammenarbeit über die EWG-Länder hinaus bezeichnet. Daneben existieren mancherlei Vorstellungen, die Westeuropäische Union als Instrument eines größeren europäischen Einflusses im atlantischen Bündnis, also eines gleichberechtigten europäischen Pfeilers innerhalb der NATO zu nutzen. Von diesem Gedanken ist es dann nur noch ein kleiner Schritt bis zur Forderung nach einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die ohne das WEU-Mitglied Großbritannien nicht denkbar wäre. Unbestreitbar ist, daß die USA ihren europäischen NATO-Partnern früher oder später ein stärkeres Mitspracherecht in der westlichen Verteidigungspolitik einräumen müssen.

Stehen wir also vor einer Renaissance der WEU? Kommt die politische, militärische und technologische Zusammenarbeit mit England vor dem Beitritt zur EWG? Könnte Staatspräsident de Gaulle

auf diese Weise in die Isolierung und zum Nachgeben in der Beitrittsfrage gezwungen werden? Hier muß vor allzu viel Optimismus gewarnt werden. Denn der Ministerrat der WEU beschließt einstimmig. Zum anderen läßt der WEU-Vertrag, der vor allem eine gegenseitige militärische Beistandsverpflichtung enthält, über Konsultationen hinaus eine institutionalisierte außen- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Mitgliedsländer kaum zu.

Obwohl die WEU nach der Präambel des Vertrages von 1954 "die Einheit Europas fördern und seiner fortschreitenden Integration Antrieb geben soll", so ist sie doch ihrer ganzen Natur nach auf intergouvernementale Zusammenarbeit und nicht auf Integration angelegt. Überhaupt ist die WEU ein Militärbündnis ohne Fleisch und Blut, denn ihre verteidigungspolitischen Aufgaben wurden eigentlich von Anfang an von der NATO wahrgenommen. Wie bei der EWG und dem Europarat, so ist das progressivste europapolitische Organ der Westeuropäischen Union deren parlamentarische Versammlung, die in Paris - unweit des Elysée-Palastes - ihre Plenartagungen abhält.

Die WEG trat 1954 die Nachfolge des sogenannten Brüsseler Paktes an, in dem sich 1948 die Benelux-Länder, Frankreich und Großbritannien zu einem Verteidigungsbündnis gegen Deutschland zusammengeschlossen hatten. Das große Verdienst der WEU liegt darin, daß sie nach dem Scheitern des EVG-Planes 1954 die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschlands und Italiens in das westliche Verteidigungsbündnis ermöglichte.

Die anti-deutsche Ausrichtung des Brüsseler Paktes wurde im WEU-Vertrag gestrichen. Von den vierteljährlichen Ratstagungen und den zweimal im Jahr stattfindenden Plenarsitzungen der WEU-Versammlung abgesehen, hat die WEU in ihrer 14-jährigen Geschichte eigentlich immer ein Schattendasein gefristet. Politisch stand sie zunächst im Schatten des Europarats, militärisch dominierte die NATO. Verteidigungspolitisch von einiger Bedeutung sind jedoch die Rüstungskontrollvorschriften und das Amt für Rüstungskontrolle der WEU.

Durch die Schaffung der EWG und der EFTA wurde die Westeuropäische Union seit 1958/59 weiter in den Hintergrund gedrängt. Der WEU scheinen sich die europäischen Staatsmänner aber immer dann plötzlich und sehr intensiv zu erinnern, wenn der Beitritt Großbritanniens zur EWG auf Hindernisse stößt. So war es 1963, so ist es 1968. Ohne Zweifel hat die Westeuropäische Union nach dem ersten französischen Veto gegen den England-Beitritt als wichtige Brücke über den Ärmelkanal gedient und dadurch einen Wirtschaftskrieg zwischen EWG und EFTA verhindert. Aber genauso wenig wie 1963 scheint der WEU auch diesmal ein Erfolg bei der Erweiterung der EWG vergönnt zu sein.

Testwahl an der Seine

Kommunisten überflügeln Gaullisten

Von Georg Scheuer, Paris

Mit nur 79 Stimmen Vorsprung wurde im Juni 1968 im Wahlkreis Hauts-le-Seine (die südlichen Pariser Vororte) der Kommunist Guy Ducoloné gegen Oberst Roger Barberot (Gaullist) bei einer Gesamtwählerzahl von 52.652 gewählt. Das Wahlergebnis wurde daraufhin für ungültig erklärt und eine Nachwahl angeordnet, die am letzten Sonntag ein für die Gaullisten niederschmetterndes Resultat erbrachte.

Der Kommunist hat nun einen Vorsprung von 5 600 Stimmen und erreichte 47,78 Prozent, der Gaullist hingegen verliert 6 000 Wähler und erreichte nur noch 33,97 Prozent. Die Linksparteien erhielten diesmal zusammen 52,9 gegen 44,2 Prozent im Juni. Zahlreiche Linkswähler stimmten von vornherein für den aussichtsreichsten Linkskandidaten, um den Gaullisten zu schlagen.

Die Zahl der Stimmenthaltungen - 37 gegen 20 Prozent in der Juni-Wahl - ändert nichts an der Bedeutung dieser Wahl. Das Ergebnis dieser Wahl gilt als die Quittung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Couve de Murville. Schon vorher wußte man, daß die Juni-Wahlen mehr negative als positive Bedeutung hatten, nämlich nicht so sehr Zustimmung zum gaullistischen Regime als vielmehr Ablehnung von Unordnung und Anarchie.

Seither sind zwei Ereignisse eingetreten: Die innere Krise der KPF infolge der Sowjetinvasion in die Tschechoslowakei und die französische Währungskrise mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Diesem letzten Ereignis mißt man in Frankreich jetzt offensichtlich größere Bedeutung zu. Die KPF erscheint breiten Wählerschichten nicht mehr als Schreckgespenst. Das ist ein Wandel in diesem ereignisreichen Jahr. Wieder einmal erweist sich der Gaullismus mit seiner Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik als Wegbereiter der KPF.